

Die Arbeiterdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 98.—
jährig 192.—

Zustellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourenmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

Der vertriebene Diktator Europas.

Seitdem das endgültige Ergebnis der französischen Kammerwahlen vorliegt, kann man erst die volle Größe des Wahlsieges der Linken und den Umfang der Niederlage des Nationalen Blocks ermessen. Diese Niederlage kommt einem völligen Zusammenbruch des Nationalen Blocks gleich und in die Kammer zieht eine ausgesprochene Linksmehrheit mit starkem sozialistischen Einschlag ein. Ein unglaublicher, schier unfaßbarer Umschwung hat sich damit in den Machtverhältnissen in Frankreich vollzogen, der, wenn auch nicht unmittelbar, so doch in absehbarer Zukunft weit über die Grenzen des Landes seine Wirkung üben wird. Am erfreulichsten für die Arbeiterschaft ist der herrliche Erfolg der Sozialistischen Partei, der noch an anderer Stelle von unserem Pariser Mitarbeiter gewürdigt wird. Mit ihrem Wahlsieg ist unsere französische Bruderpartei aus langer Erstarrung und Ohnmacht erweckt, in die sie seit dem Parteitag von Tours, wo die Kommunisten die Partei spalteten, gefallen war und sie ist wieder zu einem einflussreichen und mitbestimmenden Faktor in der Politik Frankreichs geworden. Der Wahlausfall ist zugleich ein vernichtendes Urteil über den Misserfolg des Nationalismus enttäuschten Wähler und ein Sieg des sozialistischen Gedankens. In der deutsch-nationalen Presse wurde stets das gesamte französische Volk, als vom bestmöglichen Chauvinismus reitungslos verench. hingestellt und für alle Untaten seiner imperialistisch gesinneten Bourgeoisie verantwortlich gemacht. Das war schon vor Zeit, da der mit Hilfe des verfälschten Wahlrechtes zur Herrschaft gelangte Nationale Block eine Mehrheit vorläuschen konnte, eine bewusste Ungerechtigkeit; jetzt hat die Wahl das Ansehen des französischen Volkes von diesem Vorwurf gründlich gereinigt. Diese Wahl hat sogar gezeigt, daß das französische Volk die Befreiung von der nationalistischen Verwirrung schon weit gründlicher vollzogen hat als das deutsche, das, wenn auch nicht in dem befürchteten Maße, so doch noch tief genug in der nationalistischen Verblendung steckend, sich gezeigt hat.

Mit besonderer Befriedigung wird nicht nur von den Linksparteien in Frankreich, sondern auch von allen Demokraten und Friedensfreunden in den anderen Ländern der unausweichliche Rücktritt Poincares begrüßt. Jahre hindurch war Poincare der für Europa verderblichste Mann, der Exponent einer Idee, die sich vermaß, zugunsten der Herrenklasse Frankreichs das Schicksal Europas ohne Rücksicht auf das Gedeihen der Gesamtheit bestimmen zu wollen. Wenn Poincare in Briand seinen Nachfolger erhalten wird, so weiß man, daß auch dieser an der Erfüllungspolitik Deutschlands gegenüber festhalten wird, aber Briand wollte über die Zahlungspflicht Deutschlands mit diesem die Verständigung herbeiführen, weshalb er gestürzt wurde, während Poincare offenkundig und kaum mehr verhüllt auf die Zertrümmerung Deutschlands losging. Achlos und brutal setzte er sich über die Leiden der durch seine Ausaugungs- und Verfassungskritik veresendeten deutschen Volksmassen hinweg. Er achtete auch nicht der Vorstellungen und Proteste der anderen Völker, denen die Störungen des durch Poincares Methoden immer aufs neue erschütterten Wirtschaftslebens schwersten Schaden zufügte. Millionen von Arbeitslosen in England, in Belgien, in Deutschland und in allen anderen Ländern, Störung von Handel und Industrie, fortschreitende Unsicherheit und Verarmung der Welt, — was kümmerte das alles den einschlägigen erbarmungslosen Poincare, dessen Gewalttreiben Verzweiflung schuf und Schandbrände aufschürte! Mehr noch: der französische Imperialismus sollte mit Hilfe der Schaffung von Vasallenstaaten auf dem Kontinent herrschend werden, ein neuer Napoleon, gebärdete er sich als Diktator Europas. Man mag Poincares

Ein Schiedsspruch im Ruhrkonflikt. Der Siebenkündentag grundsätzlich anerkannt. — Noch kein Abschluß des Kampfes

Berlin, 16. Mai. (Eigenbericht.) In den Verhandlungen über die Beilegung der Arbeitersperre im Ruhrgebiet ist heute abends ein Schiedsspruch gefällt worden, dessen wesentlicher Inhalt folgender ist:
Der alte Tarifvertrag für das rheinisch-westfälische Kohlenrevier vom 1. Jänner 1922 ist in seinen wesentlichen Bestandteilen bis 30. Juni 1925 verlängert worden. Dieser alte Tarifvertrag sah für die Arbeiter unter Tag die siebenstündige Arbeitszeit vor. Besonders zu vermerken ist noch, daß die von den Bergarbeitern zu beziehende Deputatslohn unverändert geblieben und der Preis noch wie vor auf vierzig Goldpfennig pro Zentner festgesetzt worden ist. Der Tarifvertrag ist nach seinem Ablauf mit dreimonatlicher Kündigungsfrist kündbar und läuft, wenn eine Kündigung nicht erfolgt, noch drei Monate weiter.
Über den Rahmen dieses alten Tarifvertrages hinausgehend ist ein Abkommen über Mehrarbeit getroffen worden, wonach die Bergarbeiter verpflichtet werden, bis zum 31. März 1925 unter Tag eine Stunde und über Tag

zwei Stunden Mehrarbeit zu leisten. Der Schiedsspruch des Arbeitsministeriums läuft also gegenüber dem von den Bergarbeitern bekämpften Schiedsspruch darauf hinaus, daß juristisch und rechtlich das Prinzip der siebenstündigen Arbeitszeit unter Tag anerkannt wird, während tatsächlich die Bergarbeiter verpflichtet werden sollen, bis 31. März 1925 unter Tag acht Stunden zu arbeiten.
Die Lohnfragen sind entsprechend dem bisher von den Arbeitnehmern bereits anerkannten Schiedsspruch dahin geregelt, daß eine 15prozentige Lohnenerhöhung stattfindet. Dieser Schiedsspruch wird beiden Parteien zur Annahme vorgelegt und sie haben sich bis zum 20. Mai über Annahme oder Ablehnung zu erklären.
Bei der Beendigung der Verhandlungen haben sich weder die Vertreter der Arbeitgeber noch die der Arbeitnehmer sich über Annahme oder Ablehnung dieses Schiedspruches irgendwie verbindlich geäußert. Es wird also Sache der Bergarbeiter im Ruhrgebiet sein, wie sie sich zu dem Schiedsspruch stellen.

Das neue Frankreich. Der Block der Linken verheißt ein Programm der Versöhnung und des internationalen Einvernehmens.

Paris, 16. Mai. (Gobas.) Herriot, Poincaré und Blum äußerten auf eine diesbezügliche Anfrage, daß das Programm der Mehrheit von Morgen ein Programm der Versöhnung und des internationalen Einvernehmens sei, das den gerechten Ansprüchen Frank-

reichs Rechnung trage. Das Finanzprogramm, das verfocht werden wird, wird darin bestehen, tatsächlich das Gleichgewicht im Budget herzustellen, was man auch als Opposition stets gefordert habe. Dazu gehöre der Kampf gegen die Teuerung und auch der Kampf gegen die Frankbaiffe.

Die französische Regierungsbildung mit oder ohne Sozialdemokraten.

Paris, 16. Mai. (Gobas.) Die Blätter beschäftigen sich auch weiterhin mit der Frage der eventuellen Beteiligung der Sozialisten an der künftigen Regierung. In einer Erklärung im „Matin“ sagt Paul Boncour, es hieße, gegen den Wunsch des Landes und den Sinn der Wah-

len handeln, wenn man von vornherein erklärt, daß Sozialisten und Radikale nicht zusammenarbeiten können. Die logische Folge des Sieges beider Parteien sei, daß man die Macht und die Verantwortlichkeiten teilen solle. Das Wort haben zunächst die Radikalen, worauf der sozialistische Kongress die Antwort zu geben hat. Andere sozialistische Abgeordnete, welche der „Matin“ befragt hat, haben sich sehr reserviert geäußert. Der Abgeordnete Moutet, welcher auf einer gemeinsamen Liste mit

Die geschäftigkeit und Energie bewundern, er hat jedenfalls diese Gaben zum Nachteil der europäischen Menschheit und schließlich auch seines eigenen Volkes verwendet, denn er war das Haupthindernis bei der Wiederherstellung des europäischen Friedens, den Frankreichs Volk nicht minder dringender brauchte, als die anderen Völker. Knechtseelen und solche, die von der Verdrängung des demokratischen Systems zu profitieren hoffen, wollten unsere Zeit als das Zeitalter proklamieren, das „starke Männer“ brauche, die es unter Ausschaltung aller demokratischen Kräfte der Völker der Gesundung entgegenführen sollten. Nun, hier war eine solche „starke Persönlichkeit“, denn Poincares Macht war in Frankreich mit Hilfe des Bloc National eine fast unbegrenzte, doch sein Regime endet damit, daß es blutende Wunden am Körper der europäischen Menschheit zurückläßt und sein eigenes Volk ihm mit Anterhieben davonjagt. Angesichts der Größe seiner Niederlage hat Poincare die Hoffnung aufgegeben, sich am Ruder erhalten zu können, er will am 1. Juni demissionieren und sich sogar ins Privatleben zurückziehen. Möglich, daß er später einmal wieder in die Politik zurückkehrt, es wird und kann dann aber nicht mehr der alte Poincare sein, denn der Poincarismus ist am Sonntag getötet worden und wie ein böser Spuk aus der europäischen Politik verschwunden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß neben Poincare auch der Präsident Millerand vom Schauplatz zurücktreten muß, denn zu offensichtlich hat er sich hinter des ersten Politik gestellt, als daß er jetzt nach Abwicklung

dieser Politik ruhig auf seinem Posten bleiben könnte. Noch knapp vor dem Wahltage hat er angekündigt, zurückzutreten, wenn die Wähler gegen die Fortführung des bisherigen Kurzes entscheiden sollten. Das Pariser Blatt „Quotidien“ erinnert Millerand an sein Versprechen in recht drastischer Weise: „Präsidenten, der Augenblick ist gekommen. Präsidien, verschwindet!“
Es ist ein anderes Frankreich, das sich den Wahlen nach den Wahlen zeigt. Ein Frankreich, das wohl nicht mit einem Schlag alles aufzumachen vermag, was seine bisherigen Lenker verbrochen haben, aber doch ein Frankreich, das seine alten liberalen und ethischen Traditionen wieder aufzunehmen imstande ist und das sich von militaristischen Gewaltgeiste losläßt. Daß dies ermöglicht wurde, ist der Erntung des französischen Volkes zu danken, aber auch der Wiedererstarkung der Sozialistischen Partei Frankreichs und der von ihr flug gewählten Wahlaktik. Wegen dieser Wahlaktik haben die Moskauer Stipendiaten, die niemals das nächste Ziel sehen, sondern nur den Nebel ihrer revolutionären Phrasen, unsere Genossen im Wahlkampf auf das gefährlichste angegriffen und als „Verähter“ verkündet. Wäre es nach den Kommunisten gegangen, so dürfte Poincare weiter im Amie bleiben, der Nationale Block wäre auch diesmal Sieger geblieben. Ohne die Kommunisten wäre übrigens die Niederlage des reaktionären Nationalen Blocks noch eine weit vollständiger gewesen. Sie haben sich auch hier wieder als Schädiger der Arbeiterbewegung und

Herriot stand, erklärt offen, daß er Anhänger der ministeriellen Mitarbeit sei. Schließlich, sagt das Blatt, erklärten die sozialistischen Abgeordneten auf die Frage, ob sie im Falle der Nichtbeteiligung an der Regierung für das Budget eines radikalen Ministeriums stimmen würden, über eine so delikate Frage können sie jetzt keine Auskunft geben. Am „Deuxieme“ beharrt Robert de Jouvenel auf der Mitarbeit der Sozialisten an der Regierung. Der gemeinsame Sieg ziehe eine gemeinsame Verpflichtung nach sich.

Der „Populaire“ stellt sein Erscheinen ein.

Paris, 16. Mai. Das Zentralorgan der sozialistischen Partei Frankreichs, der „Populaire“, sieht sich, wie er heute ankündigt, infolge finanzieller Schwierigkeiten genötigt, vom 1. Juni an sein Erscheinen einzustellen. Trotz der Opferwilligkeit seiner Kreise ist es nicht möglich gewesen, die Mittel für das weitere Erscheinen des mit starkem Defizit arbeitenden Blattes sicherzustellen.

Deutschnationales Gaukeleispiel.

Berlin, 16. Mai. (Eigenbericht.) Die ganze Berliner Presse ist angefüllt mit Polemiken der bürgerlichen Mittelparteien gegen die Deutschnationalen und umgekehrt der Deutschnationalen gegen die Regierung. Man gewinnt aus der Polemik den Eindruck, daß ein Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung bei der derzeitigen Stimmung und bei der Schärfe des bisherigen Kampfes immer schwieriger wird. Auf eine Erklärung der Reichsregierung, die gestern Witternachts veröffentlicht wurde, daß die Deutschnationalen bisher alle Anfragen über ihre außenpolitische Haltung unbeantwortet gelassen hätten, erwidern jetzt die Deutschnationalen, nachdem sie bezeichnender Weise diese Erklärung der Reichsregierung in ihrer Presse nicht veröffentlicht haben. Sie behaupten, daß ihnen von irgendeiner amtlichen und maßgebenden Stelle eine Frage über ihre auswärtige Politik nicht vorgelegt worden sei. Dagegen veröffentlicht die Reichsregierung heute abends erneut durch das Pressebureau eine weitere Erklärung, die besagt, daß bei den Verhandlungen mit den Abgeordneten der D. N. B. und Reichert der Reichskanzler Dr. Marx und der Reichsfinanzminister Dr. Luther den Deutschnationalen die Gründe der Reichsregierung für die Annahme des Sachverständigenrats und die Ausarbeitung von Gesetzentwürfen vorgetragen hätten und daß die Deutschnationalen keinerlei sachliche Einwände vorgebracht hätten.

des demokratischen Fortschritts gezeigt. Die Früchte, die sie dafür ernten, sind sehr armelige. Sie gebärdeten sich, als wären sie die Wortführer der gesamten französischen Arbeiterschaft, doch neben den über 100 sozialistischen Mandaten ist die Zahl von 29 kommunistischen Mandaten jämmerlich zu nennen. Im Parlament damit Einfluß zu gewinnen, werden sie nicht imstande sein.
Um Poincare, den bisher allgewaltigen Diktator, wird nicht nur bei den Chauvins an der Seine Trauer sein, sondern auch bei jenen an der Moldau. Die tschechischbürgerliche Presse hat plötzlich als neue Tugend die Zurückhaltung gelernt. Einer, der ihr lieb und teuer war, in dem sie ein Stück ihres Geistes und Wesens, ein leuchtendes Vorbild sah, ist nicht mehr. Auch die Nationalisten in Deutschland werden die Niederlage Poincares beklagen, den er war es, der sie nährte und der als Gärtner das Giftkraut des Halenkruzertums eifrig begoß. Der letzte Sonntag hat die Fester Europas aufgerissen und in die stidige Luft strömt frische Luft. In Frankreich hat die Reaktion, hat der Militarismus und Nationalismus eine entscheidende Niederlage erlitten. Es genügt nicht, sich dieses Fortschrittes zu freuen, sondern unser aller Pflicht ist, es dem französischen Volke, der französischen Arbeiterschaft gleichzutun. Nur wenn überall Imperialismus und Chauvinismus, die Werkzeuge des Kapitalismus, beseitigt werden, kann die Entwicklung der Menschheit ungehindert nach aufwärts gehen!

ist sicher, — wie dies auch der Berliner „Vorwärts“ schrieb, — daß eine Linkregierung nicht gleich zu einer Räumung der Ruhrgebiete werde schreiten können. Es ist ja tatsächlich eine äußerst verwickelte Situation; man kann die Poincaré'stischen Abenteuer wirklich nicht im Handumdrehen liquidieren. Eines ist sicher, die politische Atmosphäre ist gereinigt und das neue Kabinett wird sich entschlossen und ohne Vorbehalt auf das Terrain des Sachverständigenratens Dawes stellen. Das französisch-englische Bündnis wird sich morgen leichter als gestern realisieren lassen und es ist alle Aussicht vorhanden, daß die Gläubigerstaaten sich auf die Politik Macdonalds einigen werden. Daß sie Vertrauen zum Kabinett von Berlin in Bezug auf die lokale Durchführung des Sachverständigenratens fassen werden. Die Bildung einer Rechtsregierung in Deutschland könnte der Durchführung einer Politik der Versöhnung und des Friedens schaden. Man muß hoffen, daß man in Berlin keinen Fehler machen wird, welcher geeignet wäre, einer Renaissance des Poincaréismus, ohne Poincaré, zu provozieren. Mehr als jemals ist eine gemeinschaftliche Aktion auf dem Gebiet der Reparationen zwischen den Sozialisten Deutschlands und jenen Frankreichs notwendig.

Zuland.

Der Zünftler auf dem Kriegspfade.

„Nachdem vor einigen Wochen der Bund der Landwirte im Abgeordnetenhaus einen Antrag auf Abschaffung der Achtstundentage in der Landwirtschaft und für Transportarbeiter eingebracht hatte, im Initiativsausschuß des Hauses aber mit seiner Aktion nicht durchdrang, sprach sich vor einigen Tagen der Führer der deutschen Gewerbevereinigung A. Stenzl in einer in Trautmann abgehaltenen Wählerversammlung ebenfalls gegen die achtstündige Arbeitszeit aus. Stenzls Auffassung nach ist die Gesundung des Wirtschaftslebens nur durch Hebung der Produktion möglich; und diese ist, seiner Anschauung nach, mit einem Durchbruch des achtstündigen Arbeitstages identisch. Der Gewerbeverein erklärte weiter, der Kampf der Gewerbetreibenden gelte den sozialdemokratischen Konsumvereinen bzw. der Position, die sie im Wirtschaftsleben genießen.“

So steht es wörtlich in der „Reichenberger Zeitung“ vom 13. Mai zu lesen und es wird auch schon so sein, daß der Stenzl in Trautmann gegen Achtstundentage und Konsumvereine losdonnerte. Stenzls Rezept ist sehr einfach und seine volkswirtschaftlichen Kenntnisse leuchten selbst dem borniertesten Krämer und Zünftler ein. Verlängerung der Arbeitszeit und alle Not ist zu Ende, die Produktion wird gehoben und der Herzenswunsch aller Reaktionäre ist erfüllt. Ein anderes Mittel gibt es nicht. Warum sollte sich der Gewerbeverein seinen schwachen Kopf über Verbesserung der Produktionsmittel, Rationalisierung der Betriebe, Ausbau der Produzentengenossenschaften und ähnliches zerbrechen? Der Zehn- und Zwölftundentag eingeführt und das Gewerbe ist gerettet. Die Ankündigung des Kampfes der Zünftler gegen die „sozialdemokratischen“ Konsumvereine nehmen wir mit gebührendem Respekt zur Kenntnis, möchten aber den Herrn Stenzl daran erinnern, daß es eine Zeit gab, in der die Gewerbetreibenden froh waren, Mitglieder der Konsumvereine zu sein und von ihnen beliefert zu werden. Die Arbeiter aber werden gut tun, sich die Pläne der Zünftler zu merken und ihnen bei gegebener Gelegenheit die Antwort zu geben.

„Der gute Name des edlen französischen Volkes“

Der durch die Absage der Mehrheit der französischen Nation an das imperialistische Gewaltregime Poincarés wiederum gerettet wurde, hat das Blut unserer nationalsozialistischen Hakenkreuzler zum Sieden gebracht. Die deutschen Sozialdemokraten nennen das französische Volk gut, seinen Namen edel. Das ist zutiefst für die Hitlerbanditen, deren Pogromhebe doch wahrlich die Güte ebensowenig abzusprechen ist wie ihren Gummimüppeln, Schlagringen und Revolvern der Adel! Wir wissen schon, daß der Duxer „Tag“ wenig Freude an der Wahl Niederlage der französischen Gewaltpolitiker hat; wurde doch dadurch den Revancheseekern Hitler, Ludendorff, Westarp und Wulle der Wind aus den Segeln genommen. Dennoch sollten sie in ihrer blinden Wut nicht so weit gehen, das französische Volk, dessen Mehrheit durch diese Wahlen seine geistige Reife, seinen demokratischen Charakter und seinen sittlichen Ernst bewiesen hat, samt und sonders als Verbrechensnation zu bezeichnen. Auf diese Weise könnte nämlich dem Einfältigsten der Gedanke kommen, daß es den „Völkischen“ lieber gewesen wäre, wenn sich die Franzosen wirklich in ihrer Mehrheit für die Fortsetzung der räubrischen Siegerpolitik erklärt hätten. Das französische Volk ist edel, so gut wie das deutsche, und ebenso unverantwortlich wie dieses für alle Blutlaster, die die Herrenklassen im Laufe der Jahrhunderte verbrochen. Der „Tag“ zitiert die „Brandherden“ Ludwig XIV. und die Soldaten Napoleons. Wahrscheinlich spekuliert er hierbei auf die Unkenntnis der Geschichte bei seinen Lesern, die wohl annehmen sollen, daß die Söldnerheere der deutschen Kaiser und Fürsten Majestätsbeleidigungen aus ihren Kanonen spritzten und Blumen streuten, wo sie gingen. Und im Weltkrieg waren es natürlich nur die „Feinde“, insbesondere die



„Patentlösung! Marx totschließen, dann ist der Marxismus erledigt.“

weißen und schwarzen Franzosen, die im Blute waten, während die deutschen Soldaten, einmal hineingehert in das Morde so wie die Franzosen usw., engelsmilde im Feindesland walteten und durch Friedensliebe und Sanftmut sich die Herzen der französischen Mütter eroberten. Zwischen den Mördern von Halle und den furchtbar häusenden Regern des Ruhrgebietes fällt uns die Wahl schwer. Immerhin könnte man für diese, als ohne oder gegen ihren Willen kommandierte, kulturlose und ungebildete Soldner noch Milderungsgründe ins Treffen führen. Weder mit ihnen aber noch mit ihren Antreibern hat jener Teil der französischen Nation etwas gemein, der am Sonntag den Parteien des Friedens und des Fortschritts seine Stimme gab. Jener Teil repräsentiert in Wahrheit den guten Namen des edlen französischen Volkes, dessen beste Söhne auf dem Wege der Menschheitsbefreiung, in Wissenschaft und Kunst, ihren Namen ebenso unbergänglich eingezeichneten, wie jene Deutschen, die Kant, Goethe oder Schiller benannt, sich schämen würden, daß im Namen ihres Volkes einmal das Sakenteuelpak, wenn auch nur vorübergehend, zu sprechen wagen werden. Und die guten, edlen Namen Molières und Rousseaus, Pasquals und Descartes, Rollands und Anatol Frances werden noch leuchten, wenn man schon vergessen haben wird, Hitlers, Ludendorffs und der Mörder Eisners, Haases und Rathenaus mit Abscheu zu gedenken.

Lüge auf Lüge.

Der „Vorwärts“ in Reichenberg wird nicht müde, die Sozialdemokratie auf Seite 1—4 täglich zu beschimpfen. In der Rubrik „Vom Tage“ wird die ganze Sozialistische Internationale verdächtigt, weil sie — nach den Angaben des „Vorwärts“! — unter den Sozialdemokraten Estlands ein Lump beifuden soll. In einer Auslandsnotiz wird die Wiener „Arbeiterzeitung“ beschimpft, weil sie — na, was glaubt man wohl, warum? — weil sie ihrer Empörung über die „Bluttat von Halle“ Ausdruck verliehen hat. Nicht über das vergossene Arbeiterblut ist die „Arbeiterzeitung“ empört, meint der „Vorwärts“, sondern weil die Massenmorde „auf die österreichischen Arbeiter einen schlechten Eindruck machen“ könnten. Diese gemeine Verdächtigung steht, so meinen wir, ganz den Kommunisten an, die an der Bluttat von Halle schwer mitschuldig sind! Aber Ostland, Oesterreich und Deutschland genügen dem „Vorwärts“ nicht, er muß in jeder Nummer auch unsere Partei „entlarven“. Und so werden wir denn wiederum als „heimliche Regierungspartei“ hingestellt, nachdem und obwohl wir den Schöpfern dieses neuesten kommunistischen Märchens, den Gebrüdern Stern, deswegen schon über das Mundwerk gefahren sind. Wir haben dieses Lebenszeichen der beiden Sowjet-Sterne ein einziges Mal verbucht — nach unserer Meinung Aufmerksamkeit genug für Schreiber dieser Art. Herr Stern im „Vorwärts“ aber sucht vor seinen Lesern die eigene Bedeutungslosigkeit zu vertuschen, indem er sich schmeichelt, die sozialdemokratische Presse hätte „Artikel über Artikel“ über ihn geschrieben. Fällt uns gar nicht ein. Wir haben ihn auch nirgends „Lügner und Idioten“ genannt, das festzustellen blieb dem Stern selber vorbehalten. Über wirklich: Lügner und Idiot zugleich ist der Schreiber des „Vorwärts“-Artikels, in dem wiederum behauptet wird, daß die deutsche Sozialdemokratie als „heimliche Regierungspartei“ „mit Zustimmung der tschechischen Sozialdemokraten nur außerhalb der Regierung bleibt, um die deutschen Arbeiter durch ihre Scheinopposition zu täuschen“. Daß wir den Kommunisten wegen dieser offenkundigen, bewußten, direkt auf Irreführung der Arbeiter angelegten Lüge bereits entgegencratet, geniert den „Vorwärts“ durchaus nicht. Er läßt und verbeißt weiter. Also bleibt uns nichts übrig als das Bedauern, daß ein Teil der sudetendeutschen Arbeiterschaft einem solchen Lumpenpack ausgeliefert ist.

Anleiheverhandlungen der Tschechoslowakei.
Der in Paris erscheinende „New York Herald“ meldet aus New York: In finanziellen Kreisen verlautet, daß Verhandlungen über eine neue Anleihe für die Tschechoslowakei eingeleitet worden sind. Es handele sich um eine kombinierte Operation in London und New York, vielleicht auch auf einigen kontinentalen Märkten. Es handelt sich bei diesen Verhandlungen um die Emission der zweiten Tranche der englischen Anleihe, welche die tschechoslowakische Republik im Jahre 1922 in London abgeschlossen hat und welche damals zum Teile auch in New York emittiert wurde.

Telegramme.

Der Urheber des deutsch-russischen Konflikts verhaftet.

Berlin, 16. Mai. Von Beamten der Berliner politischen Polizei ist der ehemalige Angestellte der russischen Handelsvertretung Bozenhardt festgenommen worden, der bekanntlich vom Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes wegen Hochverrates gesucht wurde und auf dem Transporte von Württemberg nach Stargard am 3. Mai in der russischen Handelsvertretung einem ihn begleitenden württembergischen Polizeibeamten entkommen war. Bozenhardt hatte seitdem in Berlin bei einem anderen Angestellten der russischen Handelsvertretung namens Lehmann Unterschlupf gefunden. Dieser sowie seine Braut wurden wegen Begünstigung von der Polizei gleichfalls festgenommen. Die drei Festgenommenen werden dem Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes in Stargard zugeführt werden.

Zwischenfälle im Ruhrgebiet.

Berlin, 16. Mai. Das Berliner Tageblatt meldet aus Gelsenkirchen: Die Kommunisten verbreiten im Ruhrgebiete eine große Zahl von Flugblättern, die mit scharfen Worten zum offenen Kampf auffordern. Im Laufe des gestrigen Tages wurde eine große Anzahl führender Kommunisten verhaftet oder in Schutzhaft genommen. In Karnap wurde in die Wohnung eines Maschinenmeisters eine Handgranate geworfen. Aus Buer werden schwere Mißhandlungen „Arbeitswilliger“ gemeldet. An den Mißhandlungen beteiligten sich auch Frauen. In Bochum mußte die deutsche Polizei vier Zeichen besetzen, weil es den Arbeitswilligen nicht möglich war, in die Betriebe hineinzukommen.

Betriebsmangeln bei Krupp

Essen, 16. Mai. (Wolff.) Mit dem 15. d. M. ist auf den Krupp'schen Werken die Verkürzung der Arbeitszeit auf sechs Stunden täglich eingetreten. Die Fabrikbetriebe mit Doppelschicht arbeiten hintereinander zweimal sechs Stunden. Die Maßnahme wird auf Kohlenknappheit und Mangelfür zurückgeführt.

Der Erfolg der englischen Bergarbeiter

London, 16. Mai. (M.) Die Blätter sprechen ihre große Befriedigung über das günstige Ergebnis der Verhandlungen, betreffend Verbesserung der Bergarbeiterlöhne aus. Dieses Ergebnis wird als neuer Erfolg des Ausgleiches in Konflikten der Industrie gewertet, denn die getroffene Vereinbarung beseitigt definitiv die Gefahr eines Streikes. Durch die neue provisorische Vereinbarung wird der Minimallohn um 33,33 Prozent über dem Normallohn erhöht. Damit wird eine gewisse Begünstigung insbesondere für die Bergarbeiter kohlensärmeren Gruben gesichert. Obwohl das Abkommen nicht als vollkommen befriedigend angesehen wird, wird dennoch anerkannt, daß es eine große Verbesserung gegenüber dem vor drei Jahren abgeschlossenen Abkommen bildet, das nach dreiwöchentlichem Arbeits einstellen erzielt wurde.

Die Verstaatlichung der englischen Bergwerke abgelehnt.

London, 16. Mai. (Havas.) Das Unterhaus hat die Gesetzesvorlage, betreffend die Nationalisierung der Bergwerke mit 264 gegen 168 Stimmen abgelehnt. Die Liberalen stimmten teils für, teils gegen die Vorlage. Die Regierung hatte, obwohl sie im ganzen der Vorlage günstig gegenübersteht, keine Verantwortung für sie übernommen.

Beneš bei Mussolini.

Ein Bericht des italienischen Nachrichtenbüros.

Rom, 16. Mai. Heute um 11 Uhr empfing Ministerpräsident Mussolini Außenminister Dr. Beneš zu Besuch. Bei der einstündigen Unterhaltung wurden die die beiden Staaten interessierenden politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Fragen besprochen. In der Unterhaltung, die sich durch größte Herzlichkeit auszeichnete, trat die Verwandtschaft der politischen Anschauungen beider Länder betreffend die Situation in Mitteleuropa sowie vieler anderer mit ihr zusammenhängender Fragen zu Tage. Weitere Zusammenkünfte werden heute und morgen stattfinden und in derselben die Abkommen konkretisiert und definiert werden, zu denen die allgemeine politische Orientierung beider Regierungen führen wird.

Amerika hegt gegen Sowjetrußland.

Moskau, 16. Mai. (M.) Die amerikanische Regierung sandte an die chinesische Regierung eine Note, in welcher sie sie vor der Anerkennung des Verbandes der Sowjetrepubliken warnt, da eine solche zu internationalen Verwicklungen führen würde.

Der Stand der Verhandlungen zwischen China und Sowjetrußland ist folgender: Vor zwei Monaten unterfertigten der Vertreter der chinesischen Regierung und der Sowjetgesandte in Peking Karachan ein Abkommen, durch welches die Sowjets von China de jure anerkannt wurden und die Sowjetregierung auf alle russischen Begünstigungen in China verzichtet hat. Der Vertrag betraf aber auch wirtschaftliche und politische Interessen anderer Großmächte, weshalb die chinesische Regierung über Protest Amerikas, Englands, Frankreichs und Japans die Anerkennung des Vertrages abgelehnt und offiziell um die Abreise Karachans aus Peking angefragt hat. Die Verhandlungen wurden aber inoffiziell in Moskau und Peking fortgesetzt. Nunmehr schreitet nach einer von anderer Seite noch nicht bestätigten Meldung des Moskauer Funkdienstes die Regierung der Vereinigten Staaten neuerdings in Peking ein.

Niederlage Coolidges.

Das Einwanderungsverbot für Japaner vom Repräsentantenhaus angenommen.

Washington, 15. Mai. Das Repräsentantenhaus hat mit großer Mehrheit trotz des Vetos des Präsidenten das revidierte Einwanderungsgesetz angenommen, das den Ausschluß der Japaner vorsieht.

Fortdauer der Regierungskrise in S. S.

Belgrad, 16. Mai. In der heute vormittags abgehaltenen Konferenz der oppositionellen Parteiführer wurde festgestellt, daß die Bildung einer neutralen Regierung mit Rücksicht auf die ablehnende Haltung der Radikalen ebenso gegenstandslos ist, wie die Bildung eines Konzentrationskabinetts. In parlamentarischen Kreisen erwartet man, daß der König nunmehr Dawidowitsch mit der Bildung eines Arbeitskabinetts betrauen werde.

Ein Kabinett Dawidowitsch?

Belgrad, 16. Mai. Heute abends betraute der König den Führer des oppositionellen Blocs Dawidowitsch mit der Bildung eines Konzentrationskabinetts. Der Erfolg seiner Mission hängt davon ab, ob mehrere radikale Abgeordnete sich der Aktion des radikalen Abgeordneten Rast Petrowitsch anschließen werden, der offen für die Verbindung mit den Kroaten und Slowenen eintritt.

Die politische Bewegung

Der Arbeiterklasse hat natürlich zum Endzweck die Eroberung der politischen Macht für sie, und dazu ist natürlich eine bis zu einem gewissen Punkt entwickelte vorherige Organisation der arbeitenden Klasse nötig, die aus ihren ökonomischen Kämpfen selbst erwächst. Andererseits ist aber jede Bewegung, worin die Arbeiterklasse als Klasse den herrschenden Klassen gegenübertritt und sie durch Druck von außen zu zwingen sucht, eine politische Bewegung. Zum Beispiel der Versuch, sich in einer einzelnen Fabrik oder auch in einem einzelnen Gewerbe durch Streiks usw. von den einzelnen Kapitalisten eine Beschränkung der Arbeit, zu erzwingen, ist eine rein ökonomische Bewegung; ein Achtstunden- usw. Gesetz zu erzwingen, ist jedoch eine rein politische Bewegung.

Marg.

Gewerkschaftliche Zeitenwende.

Zuerst ist die erste Nummer einer neuen Zeitschrift „Gewerkschaftsarchiv“ erschienen, deren Aufgabe es ist, die Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung zu behandeln. Herausgegeben wird diese Zeitschrift von dem bekannten deutschen Gewerkschaftsschriftsteller Genossen Karl Zwirg, die Mitarbeiter des ersten Heftes sind die in der deutschen Gewerkschaftsbewegung bekannten Genossen Körpel, Graf, Aufhäuser, Braunthal und andere. Nachstehende Ausführungen sind dem Geleitwort der neuen Zeitschrift entnommen:

Mit dem Erwachen und Erstarben der wirtschaftlichen Persönlichkeit beim Arbeitsmenschen sind auch die gewerkschaftlichen Wirkungsgrenzen, die bisher bei der Verbesserung des materiellen Standards, bei Sozialpolitik und verbessertem Arbeitsrecht lagen, aufgehoben und erheblich erweitert worden. So notwendig im Augenblick die Kämpfe um größeren Anteil am Arbeitsertrage auch sein mögen, so sollte doch jedem Gewerkschaftler mehr und mehr klar werden, daß nur Kampf um höheren Arbeitsentgelt ihm im besten Falle wohl zu einem mäßigen Wohlstand bringen, aber kein Arbeitsleben und seine Lebensordnung davon nicht grundtieflich beeinflusst werden kann. Mit dem Erwachen der wirtschaftlichen Arbeits-Persönlichkeit, weiter mit den großen Ideen, die auch in der Rätegedankenwelt, in der Forderung nach Wirtschaftsdemokratie und Wirtschaftsparlamentarismus liegen, zeigt die Arbeiterklasse, daß sie höhere Ansprüche stellt, als mäßigen Wohlstand zu erringen, daß sie sich vielmehr berufen fühlt. — Wenn auch im allgemeinen erst im Unterbewußtsein — ebenbürtig in der Wirtschaft aufzutreten. Es kommt immer mehr ins Bewußtsein des Arbeitsmenschen, daß nicht mehr das Kapital, nicht mehr der Arbeitsmittel-Besitzer, die primären Elemente in der Wirtschaft sind, sondern daß es die lebendige menschliche Arbeitskraft ist. Mit dem Erkennen der primären Bedeutung der lebendigen Arbeitskraft fällt auch die These, daß derjenige die Macht hat, der die wirtschaftlichen Betriebsmittel im Besitz hat. Abgesehen davon, daß auch die Eigentumsbegriffe sehr wandlungsfähig sind, zeigt sich eben immer mehr, daß nicht derjenige, der die Arbeitsmittel im Besitz hat, der Überlegene ist, sondern derjenige, der die Arbeitsmittel in Bewegung setzt und erst damit eine Produktion ermöglicht. Das ist aber die lebendige menschliche Arbeitskraft. Die Gewerkschaften haben die lebendige menschliche Arbeitskraft, dies erstarrte Element in der Wirtschaft, monopolisiert. Mit dieser Feststellung ist aber auch aufgezeigt, welche Bedeutung in der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung der Gegenwart und nächsten Zukunft die Gewerkschaften haben werden.

Wenn man nach Vergleichen sucht, um die Wichtigkeit der Stellung der Gewerkschaften für die Gesellschaftsentwicklung zu kennzeichnen, so ist dies nicht ganz leicht, und man muß weit in der Geschichte zurückgehen. Vielleicht kann man die Erfindungen von James Watt und Arkwright (Dampfmaschine und Spinnmaschine) im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts in Vergleich stellen. James Watts Dampfmaschine und Arkwrights Spinnmaschine standen am Beginne einer neuen Zeitepoche, des kapitalistischen Zeitalters, das nicht nur eine vollständige Umwälzung der Technik und der Produktion brachte, sondern auch den lebendigen Arbeitsmenschen zur Ware herabwürdigte. Jetzt zeigt sich mit dem erwachenden Persönlichkeitsbewußtsein des Arbeitsmenschen die Erkenntnis, daß nicht Technik und Mechanik die primären Kategorien in der Wirtschaft sind, sondern daß es die lebendige menschliche Arbeitskraft ist. Jetzt stehen wir am Beginn der Zeitenwende, in der der menschlichen Arbeitskraft der Warencharakter wieder genommen, die Ebenbürtigkeit zwischen Kapital und Arbeit herbeigeführt und damit der manuelle wie geistige Arbeiter zum ebenbürtigen Wirtschaftsbürger heranwachsen soll. Bedarf es nach diesem nur skizzenhaften Ueberblick noch eines weiteren Beweises, in welcher überaus wichtigen Rolle gesellschaftlicher Entwicklung die Monopolisten der menschlichen Arbeitskraft, die Gewerkschaften, sich zur Zeit befinden? Und wie sich ihre Wichtigkeit in Zukunft progressiv steigern muß?

Zur Gewerkschaftstaktik der Kommunisten.

In der Sturm- und Drangzeit der kommunistischen Partei, in der Zeit, da die Arbeiter die kommunistischen Phrasen noch ernst nahmen und noch nicht erkannten, daß zwischen den Worten und den Taten der Kommunisten ein Unterschied besteht, wiegen sich die Kommunisten in der Hoffnung, daß sie nicht nur politisch die Massen der Arbeiterschaft an sich reißen werden, sondern, daß es ihnen gelingen wird, auch die großen Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiterschaft unter ihren Einfluß zu bringen. Diesen Wünschen entsprach die Einrichtung der sogenannten kommunistischen Zellen, das heißt die Kommunisten bemüht sich, in allen Gewerkschaftsortgruppen Fraktionen zu bilden, welche den Kampf gegen die bisherigen gewerkschaftlichen Vertrauensmänner der Arbeiter organisierten und dadurch von der Minderheit zur Mehrheit werden sollten. Die Eroberung der Gewerkschaften war damals die gewerkschaftliche Parole der Kommunisten. Aber bald sahen die Kommunisten ein, daß die Eroberung der Gewerkschaften zu Wasser geworden sei und daß es in absehbarer Zeit nicht gelingen wird, die Gewerkschaften zu Filialen der kommunistischen Partei zu machen. Das Bemühen der Kommunisten ging nun darauf hinaus, eigene Gewerkschaften zu gründen und in diese Gewerkschaften größere Massen der Arbeiterschaft hineinzuziehen, große Teile der Arbeiterschaft den bisherigen Verbänden abgesplittert zu machen. Aber auch diese kommunistische Parole: Absplittierung der Kommunisten von den bisherigen Verbänden, Zusammenfassung der abgesplitterten zu Sektionen eines einzigen allgewerkschaftlichen Verbandes, hat sich überlebt. Was diese kommunistischen Gewerkschaften bisher geleistet haben, ist nicht geeignet, das Vertrauen der Arbeiterschaft in diese Art von Gewerkschaften zu festigen.

Die Kommunisten sind nunmehr zu ihrer alten Zellentheorie zurückgekehrt, obwohl sie nicht mehr hoffen, die großen Arbeitergewerkschaften, so weit es das deutsche Gebiet der Tschechoslowakei betrifft, zu erobern und ihr nunmehr beschiedeneres Ziel ist, in den Gewerkschaften Einfluß zu gewinnen.

In den verschiedenen Etappen des Kampfes der Kommunisten in den Gewerkschaften und um die Gewerkschaften sind nun in den einzelnen Branchen allerlei Organisationen entstanden, die durchaus nicht nach einem Prinzip arbeiten, sondern in Wirklichkeit herrscht in der kommunistischen Gewerkschaftszentrale ein Tölpelhumor. Die Kommunisten in den verschiedenen Verbänden denken jeder anders über das, was die Kommunisten auf gewerkschaftlichem Gebiete tun sollen. Bei den Bauarbeitern versuchen die Kommunisten die Mitglieder des deutschen Bauarbeiterverbandes diesem Verband abtrünnig zu machen und sie dem tschechischen Bauarbeiterverband zuzuführen, nicht etwa aus Gründen der Internationalität, sondern einfach deshalb, weil der tschechische Bauarbeiterverband sich den Wünschen der Kommunisten gefügiger zeigt hat. Das ist nicht Gründe der Internationalität sind, welche die Kommunisten zu ihrem Verhalten im Baugewerbe veranlassen, zeigt am besten die Tätigkeit der Kommunisten im Textilarbeitergewerbe, wo die aus den deutschen und tschechischen Bauarbeiterverbänden hinausgegangenen Mitglieder zwei kommunistische Textilarbeiterverbände, einen deutschen und einen tschechischen, bilden. Bei den Eisenbahnern wieder suchen sie die dem Verbande und der Union entgegenen Mitglieder in einer eigenen Organisation, die aber durchaus nicht eine Sektion des allgewerkschaftlichen Verbandes ist, zuzuführen. Ueberhaupt ist die Frage unter den Kommunisten strittig, ob sie einen Verband oder mehrere Verbände in einem Lande bilden sollen. Während ein Teil der kommunistischen Gewerkschafter, wie Hais, der Ansicht sind, daß alle gewerkschaftlich organisierten kommunistischen Arbeiter in den allgewerkschaftlichen Verband gehören, sind die Bauarbeiter und die Eisenbahner so wie auch die Textilarbeiter dagegen.

Das köstlichste dabei aber ist, daß die Kommunisten dieses theoretische und praktische Durcheinander, als das sich ihre Gewerkschaftspolitik darstellt, nicht zugeben wollen und wie unfehliger Humor wirkt es, wenn der kommunistische Redakteur Rudolf Wunsch in der letzten Nummer der „Kommunistischen Revue“ in einem Artikel über die Gewerkschaftsfrage mit den Worten beginnt, daß sich die kommunistische Bewegung von allen anderen politischen Parteien auch dadurch unterscheidet, daß sie alle Probleme „am klarsten unterfucht“ und daß die Kommunisten „gewöhnlich sind, das einmal als Richtig erkannte... mit der denkbar größten Emsigkeit und Rücksichtslosigkeit zu vertreten“. Das hindert diesen klar wäsenden Gewerkschafter der letzten Partei, die es gibt, durchaus nicht, zwei Seiten später zu sagen, daß „eine befriedigende Form für die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung nicht gefunden worden ist“. Somit gibt Wunsch selbst zu, daß die Kommunisten in ihre Gewerkschaftspolitik, obwohl sie diese schon seit einigen Jahren betreiben, gerade in den wichtigsten Fragen auch nicht die geringste Klarheit ge-

bracht haben. Worin da die kommunistische Klarheit, die Wunsch als ein besonderes Kennzeichen der kommunistischen Partei hinstellt, bestehen soll, ist einem gewöhnlichen Sterblichen, der nicht Kommunist ist, unersichtlich. Es ist nur anzunehmen, daß die vielen Parolen, die die Kommunisten in der Gewerkschaftsfrage wie in jeder anderen Frage verkündet haben und die einander vollständig widersprechen, den Herrn Wunsch so verwirrt haben, daß er zu ganz anderen Schlußfolgerungen kommt, als es seine Absicht war.

Die Kommunisten behandeln die Arbeiter auch in ihrer Gewerkschaftspolitik als Versuchslamellen, ohne dabei zu bedenken, welchen unermesslichen Schaden die Arbeiterschaft bei diesen vielen Versuchen, bei diesem endlosen Hin und Her, bei den widersprechenden Parolen, bei den jeden Monat sich ändernden kommunistischen Wahrheiten erleiden.

Der englische Gesehntwurf betreffend die Baubewegung. Der britische Minister für Gesundheitswesen Whelan vereinbarte nach längerer Beratung mit den Vertretern der Gemeindeverwaltungen die finanziellen Bedingungen für die Ausführung eines neuen Gesetzes über die Unterhaltung der Baubewegung. Die Hauptbestimmung der Vorlage, die wahrscheinlich sobald als möglich dem Parlaamente vorgelegt werden wird, ist die, daß sich die Regierung verpflichtet, durch 40 Jahre neun Pfund Sterling jährlich auf die neuen Arbeiterhäuser unter der Bedingung zu zahlen, daß die Gemeindeverwaltungen in der gleichen Weise vier Pfund Sterling beitragen werden. Der Zweck des ganzen Planes ist, den Bauern neuer Häuser die Höhe eines Mietzinses zu sichern, wie er heute von Arbeiterhäusern gezahlt wird, die vor dem Kriege gebaut wurden.

Internationale Gewerkschaftsbewegung. Die Gewerkschaftsbewegung in Ostböhmen.

Die Kriegsgewerkschaftskommission für Ostböhmen hat an die Kriegsgewerkschaftskonferenz, welche in den letzten Tagen des April in Trautenuau tagte, einen gedruckten Bericht erstattet, worin zunächst ein Ueberblick über die wirtschaftliche Lage gegeben wird. Im Jahre 1923 machten sich, dem Berichte gemäß, Anzeichen eines besseren Geschäftsganges in der Industrie bemerkbar. Der größte Teil der Betriebe hat die Arbeit wieder aufgenommen, beziehungsweise ist von der Kurzarbeit zur Vollarbeit übergegangen. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß sich auch die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft verbessert hätte. Die Unternehmer haben alles daran gesetzt, aus der Krise Nutzen zu ziehen und versuchten, die bereits im Vorjahr gewährten Löhne noch bedeutend herabzusetzen, welches ihnen jedoch nur zum Teil gelang. In mehreren Fällen mußten die Organisationen mit dem Mittel des Streiks gegen die verlangten Verschlechterungen aufzupacken und war es in fast allen Fällen möglich, das Diktat der Unternehmer abzuschneiden. Wohl ist die Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen. Während der Mitgliederstand am 1. Januar 1923 27.192 betrug, sank er am 31. Dezember desselben Jahres auf 18.892. Bedenklich ist jedoch, daß sich in der letzten Zeit des Jahres ein Zutrom zur gewerkschaftlichen Organisation bemerkbar machte. So ist der Tiefpunkt der Gewerkschaftsbewegung auch in Ostböhmen überwunden.

Von Interesse sind in dem Bericht auch die Ausführungen über die Bildungsarbeit. Im Gebiete der Kriegsgewerkschaftskommission Ostböhmen ist bekanntlich die Bildungssteuer durchgeführt, die 1923 einen Betrag von 42.240 Kronen ergeben hat. In der einen Hand das Schwerk, in der anderen das Buß, so brist es stolz in dem Bericht, „geben wir geschlossen und gerüstet der Zukunft entgegen“. Die Bildungssteuer wurde hauptsächlich zur Durchführung der Betriebsratenschulen benützt, die in Arnau, Trautenuau, Marchendorf, Braunau, Halbstadt und Mostitz stattfanden.

Auf der Gewerkschaftskonferenz selbst erstatteten die Genossen Ladig den Bericht des Sekretariats und den über die Bildungsarbeit, Genosse Cech den Kasierbericht. An die Berichte schloß sich eine sehr ausführliche Debatte, die von welchem geistigen Leben in der ostböhmischen Arbeiterbewegung zeugt. Dann sprach Genosse Heker über die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften. Von den angenommenen Anträgen möchten wir den Beschluß erwähnen, die Bildungssteuer wieder einzubehalten. Nach Wahl der Kommissionenmitglieder und den üblichen Ansprachen wurde die Konferenz geschlossen.

Engere Zusammenarbeit in der englischen Gewerkschaftsbewegung. Letzte Woche ist in der englischen Gewerkschaftsbewegung ein großer Schritt in der Richtung einer engeren Zusammenarbeit unternommen worden. Seit einigen Jahren hat die Wirksamkeit der Gewerkschaftskartelle, die im Gewerkschaftsbund nicht direkt vertreten sind, gewaltig zugenommen. Ferner wurde eine nationale Föderation der Gewerkschaftskartelle gegründet. Um einen

engern Kontakt mit den lokalen Körperschaften herzustellen, berief dann der Gewerkschaftsbund anfangs Mai eine Konferenz der führenden Gewerkschaftskartelle ein und unterbreitete dieser einen Plan zur Gründung eines gemeinsamen Rates zur Schaffung eines Bindegliedes zwischen den lokalen und nationalen Körperschaften. Der Vorschlag ist angenommen und ein gemeinsamer Rat gebildet worden. In vielen Kreisen herrscht die Ansicht, daß es auch zweckmäßig wäre, den lokalen Körperschaften im Gewerkschaftsbund eine direkte Vertretung einzuräumen.

Zum Tode H. J. Bruens. Donnerstag, den 8. Mai ist in Amsterdam Genosse H. J. Bruens, der zweite Vorsitzende und Kassierer des Niederländischen Gewerkschaftsbundes gestorben. Mit Bruens ist einer jener Kämpfer der alten Garde der Gewerkschaftsbewegung von uns gegangen, die in unerschütterlichem Glauben an das sozialistische Ideal ihr ganzes Leben der Sache der Arbeiterklasse gewidmet haben. Obwohl Bruens in der internationalen Gewerkschaftsbewegung keine große Rolle gespielt hat, gedenken wir auch an dieser Stelle seiner, weil er in der Bewegung seines Landes durch sein kluges und ruhiges Urteil einen großen Einfluß ausgeübt hat.

Internationale der Diamantarbeiter. Aufolge des niedrigen Standes des belgischen Franzens haben sich in den letzten Jahren in Antwerpen zahlreiche Diamantfirmen niedergelassen. Da die Bearbeitungskosten für Diamanten wegen des Salutarunterschiedes stark von den jetzigen Hollands abwichen, siedelten auch zahlreiche holländische Diamantarbeiter nach Belgien. Das „Gründungsheer“ begann sich nun in Belgien zu rächen und man kann annehmen, daß die Dostsenjurktur für die Antwerpner Firmen vorbei ist. Um der Salutarunterschiede zu begegnen und die Stabilität in dieser Industrie in allen Zentren herzustellen, fand kürzlich in Antwerpen eine Konferenz der Diamantarbeiter-Internationalen statt. Diese hat eine Resolution angenommen, in der im Prinzip die Aufstellung von Löhnen und Taxifen auf einer vom Stand der Salutar unabhängigen Basis beschlossen wird. Es wurde zur Ausarbeitung praktischer Pläne eine Kommission eingesetzt.

Der französische Gewerkschaftsbund und die Einwanderungsfrage. In einer kürzlich abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsrates des Französischen Gewerkschaftsbundes wurde von den mit dem Italienischen Gewerkschaftsbund in der Einwanderungsfrage gepflogenen Verhandlungen Kenntnis genommen und beschlossen, in Paris ein Büro zu eröffnen, das von einer Kommission von hauptsächlich in Betracht kommenden Verbänden geleitet werden soll und die Einwanderung zu Landeszentralen gemeinsam bestritten.

Vereinbarungen im englischen Bergbau. Wie aus London berichtet wird, empfinden die Führer der englischen Bergarbeiter den Bergarbeitern die zustandgekommene Vereinbarung über die Bergarbeiterlöhne anzunehmen, obwohl ihre Forderungen dadurch nicht reiflos erfüllt werden. Am allgemeinen sieht die Vereinbarung eine Erhöhung der Mindestlöhne vor, die sich auf 10 Prozent der Fortkriegslohne beläuft, während der Durchschnittsgewinn eine leichte Verabsetzung erfährt. Den Bergarbeitern wird ferner eine erhöhte Beteiligung an allen Ueberschußgewinnen zugesprochen, nämlich 88 Prozent, während die Grubenbesitzer 12 Prozent erhalten sollen.

Arbeiterrecht.

Zammelt die Entscheidungen der Schiedskommissionen! Auf der in Trautenuau am 27. April stattgefundenen fünften allgemeinen Gewerkschaftskonferenz für Ostböhmen wurde der folgende Antrag angenommen: „Sämtliche Betriebsausschüsse sind verpflichtet, von allen Eingaben an die Schiedskommission eine Abchrift an die Kreisgewerkschaftskommission zu senden, desgleichen auch einen Bericht über den Ausgang der Verhandlungen an dieselbe zu erstatten.“ Die Annahme dieses Antrages ist lebhaft zu begrüßen, weil dadurch die Gewerkschaften in den Stand gesetzt werden, eine Uebersicht über die für die Arbeiterschaft so wichtigen Entscheidungen der Schiedskommissionen zu erlangen. Falls die Gewerkschaften, insbesondere deren Sekretariate, sowie die Sekretariate der Kreisgewerkschaftskommissionen im Besitz eines reichhaltigen Materials über Schiedsgerichtsentscheidungen sind, dann wird den Arbeitern, die sich um Rat an die genannten Stellen wenden, viel Mühe und Nergernis erspart bleiben, denn an Hand dieser Entscheidungen wird es möglich sein, das Recht der Arbeiter besser zu vertreten, als wenn man in Unkenntnis der zahlreichen Entscheidungen der Schiedskommissionen ist. Es ist zu wünschen, daß jeder Betriebsausschuß an seine zuständige Gewerkschaft beziehungsweise Kreisgewerkschaftskommission alle Schiedsgerichtsentscheidungen bekanntgibt.

Eine Sammlung arbeiterrechtlicher Entscheidungen in tschechischer Sprache. Das soziale Institut der Tschechoslowakei gibt in nächster Zeit eine Uebersicht der Entscheidungen des Obersten Verwaltungsgerichtes in Angelegenheiten der Betriebsausschüsse heraus. Der Preis der Schrift beträgt 24 Kronen.

